



Niederschrift
zur 12. Sitzung
des Ausschusses für Umwelt und Klimaschutz
am 22.08.2023
um 17:00 Uhr im Ratssaal des Rathauses der Stadt Emmerich am Rhein
Geistmarkt 1, 46446 Emmerich am Rhein

T a g e s o r d n u n g

I. Öffentlich

- 1 Einwohnerfragestunde
- 2 Feststellung der Sitzungsniederschrift vom 28.02.2023
- 3 Überblick der Aktivitäten des NABU in Emmerich am Rhein;
hier: Vortrag von Herrn Klaus Markgraf-Maué (Vorstand NABU
Naturschutzstation Niederrhein, Teamleitung Flüsse und
Auen, Biologe)
- 4 Effekte von Gründachsystemen und Möglichkeiten von Förde-
rungen;
hier: Vortrag von Herrn Dominik Gößner (Leiter Forschung, Ent-
wicklung, Produktmanagement)
- 5 Bericht des Klimaschutzmanagements
- 6 16 - 17 1070/2023 Bürgerenergie in Form einer Freiflächen-PV-Anlage
- 7 05 - 17 1085/2023 Ausbau der Windenergie;
hier: Sachstandsbericht
- 8 05 - 17 1069/2023 Anbringung von Ampeltrittbrettern für Fahrradfahrer/innen;
hier: Antrag Nr. I/2023 an den Rat der Stadt Emmerich am Rhein
- 9 16 - 17 1068/2023 Kommunale Wärmeplanung;
hier: Antrag Nr. II/2023 an den Rat der Stadt Emmerich am Rhein
- 10 16 - 17 1066/2023 Förderung von Steckersolaranlagen;
hier: Antrag Nr. IV/2023 an den Ausschuss für Umwelt und Kli-
maschutz
- 11 Mitteilungen und Anfragen
11. Berichterstattung Platzgestaltung Neumarkt;
1 hier: Mitteilung von Herrn Bartel

11. Tagesordnung AUK;
2 hier: Anfrage von Mitglied Frericks
- 12 Einwohnerfragestunde

Anwesend sind:

Vorsitzende

Frau Sabine Siebers

Mitglieder CDU

Frau Sandra Bongers

Herr Christoph Byloos

Herr Jürgen Frericks

Herr Sebastian Frölich

Frau Silke Jelinski

Frau Irmgard Kulka

Herr Klaus Manthey

als Vertreter für Mitglied Sloot

als Vertreterin für Mitglied Dr. Reintjes

als Vertreter für Mitglied Cosguner

Mitglieder SPD

Herr Alexander Armasow

Herr Dieter Baars

Herr Ludger Gerritschen

Frau Sandra Wittke

Mitglieder GRÜNE

Frau Hermine Swhajor

Mitglieder BGE

Herr Steffen Straver

Mitglieder FREIE WÄHLER Emmerich

Herr Jörn Bartels

Bürgermeister

Herr Peter Hinze

Erster Beigeordneter

Herr Dr. Stefan Wachs

von der Verwaltung

Herr Jens Bartel

Frau Andrea Glettenberg

Herr Sammi Jagowski

Frau Hanna Kirchner

Schriftführerin

Frau Nicole Jansen

Gäste

Herr Gößner

(Fa. Optigrün, zu Top 4)

Herr Markgraf-Maué

(NABU, zu Top 3)

Die Vorsitzende Siebers eröffnet die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Umwelt und Klimaschutz um 17.00 Uhr. Sie begrüßt die Damen und Herren des Ausschusses, Herrn Markgraf-Maué, der zum Tagesordnungspunkt 3 vortragen wird, Herrn Gößner, der zum Tagesordnungspunkt 4 vortragen wird, die Einwohner, die Vertreter der Verwaltung, im Besonderen die neue Kollegin Frau Glettenberg im Fachbereich 5, die die Stellvertretung für Herrn Bartel übernommen hat, und die Presse.

I. Öffentlich

1. Einwohnerfragestunde

Seitens der Anwesenden meldet sich keiner zu Wort.

2. Feststellung der Sitzungsniederschrift vom 28.02.2023

Es werden keine Einwände zur Niederschrift vorgebracht. Somit wird die vorgelegte Niederschrift gemäß § 23 Abs. 4 der Geschäftsordnung von der Vorsitzenden und der Schriftführerin unterzeichnet.

**3. Überblick der Aktivitäten des NABU in Emmerich am Rhein;
hier: Vortrag von Herrn Klaus Markgraf-Maué (Vorstand NABU Naturschutzstation Niederrhein, Teamleitung Flüsse und Auen, Biologe)**

Herr Markgraf-Maué erläutert eingehend anhand einer Power-Point-Präsentation (online im Ratsinformationssystem abrufbar).

Vorsitzende Siebers bedankt sich für den interessanten Vortrag.

Auch Mitglied Bartels bedankt sich für die Ausführungen von Herrn Markgraf-Maué und lobt die Arbeit des NABU. Dieser leistet sehr wertvolle Arbeit für die Emmericher Naturschutzgebiete. Er möchte von Herrn Markgraf-Maué wissen, in

welchen allgemeinen Zustand er die Emmericher Naturschutzgebiete beurteilen würde.

Herr Markgraf-Maué führt aus, dass es sich in Emmerich um Feuchtgebiete Unterer Niederrhein handelt und diese an dem zunehmenden Problem der Trockenheit leiden. Die Tendenz zeigt, dass die Mittelwasserabflüsse sinken und die Niedrigwasserstände steigen. Der eigentliche Wert als Feuchtgebiet ist in Gefahr. Ganz wichtig ist auf lange Sicht, das Wasser in der Natur zu halten.

Vorsitzende Siebers bedankt sich nochmals bei Herrn Markgraf-Maué.

4. Effekte von Gründachsystemen und Möglichkeiten von Förderungen; hier: Vortrag von Herrn Dominik Gößner (Leiter Forschung, Entwicklung, Produktmanagement)

Herr Gößner erläutert ausführlich anhand einer Power-Point-Präsentation (online im Ratsinformationssystem abrufbar).

Vorsitzende Siebers bedankt sich für den Vortrag und übergibt das Wort an Mitglied Frericks. Er teilt mit, dass er bei sich ein Gründach realisiert hat und kann bestätigen, dass es sowohl im Gebäude als auch in der Nähe des Gründaches kühler ist. Auch im Umfeld kann man ein angenehmeres Klima durch die ständige Verdunstung verzeichnen. Auch besteht ein deutlich besserer Isolierungsaspekt im Winter. Diese Aspekte hat er im Vortrag von Herrn Gößner vermisst.

Herr Gößner führt aus, dass entsprechende Untersuchungen stattgefunden haben; allerdings hängt dies von der Art des Gebäudes ab. Bei einem neueren Gebäude mit einer guten Dämmung bringt eine Dachbegrünung auch immer noch was. Natürlich ist der Effekt da geringer als bei einem älteren Gebäude, welches nicht so gut gedämmt ist; hier wäre der Effekt mit einer Dachbegrünung weitaus höher. Eine Untersuchung durch ein Forschungsinstitut und durch den Wetterdienst Essen hat ergeben, dass für das Umfeld, wenn man z. B. alle Flachbauten im innerstädtischen Bereich mit einem Gründach ausstatten würde, eine Temperaturreduzierung von 1 Grad erreicht werden könnte.

Auf Nachfrage von Mitglied Bartels antwortet Herr Gößner, dass ein gefüllter Wasserpeicher eines Dachbegrünungssystems die Fläche um ca. 2-3 Wochen weiterversorgen kann, je nach Beschaffenheit der Fläche. Die Trockenresistenz ist demnach deutlich höher als bei üblichen Rasenflächen.

Auf weitere Nachfrage von Mitglied Bartels teilt er mit, dass eine Nachsaat von Rasen natürlich möglich aber nicht notwendig ist. Wichtig ist, dass eine Dachbegrünung mindestens 1x im Jahr gepflegt werden muss, 2 Pflegegänge im Jahr wären besser. Der Pflegeaufwand wird immer entsprechend höher, wenn der Anspruch und die Optik an dieser Vegetationsfläche groß sind.

Herr Gößner teilt auf Nachfrage von Mitglied Kulka mit, dass für die Realisierung der energetischen Sanierung auf Flachdächern von niedrigen Gebäuden eine Lastreserve von 60 kg auf 1 qm gewährleistet sein muss. Sollten es hohe Gebäude sein wird dies schwieriger, da das Thema Wind eine ergänzende Rolle

spielt. Eine Nachrüstung ist grundsätzlich möglich, sofern die statischen Reserven dies hergeben.

Frau Kirchner bedankt sich bei Herrn Gößner für den informativen Vortrag. In der Präsentation ging aus einer Vorlage hervor, dass in einer Siedlung 76 % Verdunstung erzeugt werden konnte und die restlichen 24 % der reinen Versickerung gedient haben. Das Ergebnis ist eine geniale Leistung, da mittlerweile durch die stark verdichteten Siedlungsgebiete das Problem vorhanden ist, dass man eher mit 70 % in den oberirdischen Abfluss kommt, was bedeutet, dass die Kanalisation stark belastet wird. Die anderen Versickerungs- und Speicheranlagen können da enorme Abhilfe schaffen. Es gibt also technisch die entsprechenden Verbesserungsmöglichkeiten.

Auf Nachfrage des Ersten Beigeordneten Dr. Wachs führt Herr Gößner aus, dass die Richtkosten zu allen Dachsystemen auf ihrer Website einzusehen sind. Bei einer extensiven Begrünung wie z. B. bei einer 500 qm Dachfläche würden die Kosten bei ca. 30,00 €/35,00 € pro qm liegen, zuzüglich der Kosten für den Einbau.

Mitglied Kulka fragt an, ob er bei den vorgestellten Beispielen auch Projekte im sozialen Wohnungsbau realisiert hat.
Herr Gößner wird dies gerne nachschauen.

Vorsitzende Siebers bedankt sich bei Herrn Gößner für die informative Vorstellung.

5. Bericht des Klimaschutzmanagements

Frau Kirchner gibt einen ausführlichen Bericht zum Klimaschutzmanagement (online im Ratsinformationssystem abrufbar).

Mitglied Manthey führt an, dass es viele Bürger gibt, die Obstbäume pflanzen und auch pflegen möchten. Nur irgendwann werden diese Bäume so groß, dass sie entsprechend beschnitten werden müssen. Dieses Schnittgut muss dann natürlich entsorgt werden und ist mit entsprechenden Kosten verbunden. Er fragt nach, ob es dafür evtl. Lösungsmöglichkeiten gibt.

Frau Kirchner sagt eine Überprüfung zu, ob es in irgendeiner Form Möglichkeiten der Unterstützung gibt, sie hat aber wenig Hoffnung. Vielleicht gibt es auch Möglichkeiten in der Nachbarschaft oder die Abnahme durch Betreiber von Biogasanlagen.

Vorsitzende Siebers erklärt, dass sie ihren Grünschnitt regelmäßig beim Bauhof für wenig Entgelt abgibt.

6. **Bürgerenergie in Form einer Freiflächen-PV-Anlage** **Vorlage: 16 - 17 1070/2023**

Frau Kirchner erläutert die Vorlage anhand einer Power-Point-Präsentation (online im Ratsinformationssystem abrufbar).

Auf Nachfrage von Mitglied Swhajor teilt Frau Kirchner mit, dass die Bürgerbeteiligung für Jeden ist. Derjenige, der sich als erster meldet wird natürlich auch als erster behandelt. Insgesamt hängt die Höhe der Beteiligung (wird sich u. a. nach dem Bearbeitungsaufwand richten) von der Satzung ab. Auf weitere Nachfrage erklärt sie weiter, dass grundsätzlich im Gemeinschaftskreis entschieden wird, wie hoch eine Gewinnausschüttung sein soll und wie viel weiter investiert werden soll. Der grundsätzliche Gedanke bei derartigen Bürgerenergiegenossenschaften ist der, dass man gerne in weitere Projekte investiert und dafür ein Großteil des Geldes genutzt wird.

Mitglied Frericks teilt für seine Fraktion mit, dass man an einigen Stellen Bauchschmerzen hat. Es gibt mehrere Energieprojekte, die erfolgreich sind, die aber von Bürgern und nicht von der Verwaltung gestartet wurden. Dadurch hat das Ganze einen anderen Drive. Ferner vermisst er in der Vorstellung die Finanzierungs- und Renditeaspekte, die zu erzielen sind. Hinzu kommt, dass eine kostbare Gewerbefläche damit belegt wird, wovon in Emmerich nicht allzu viele vorhanden sind. Dies ist suboptimal. Auch ist man der Meinung, dass sachkundige Marktbetreiber eine solche Bürgeranlage besser gestalten können, die in diesen Gebieten bereits unterwegs sind, wie z. B. die Stadtwerke. Es gibt Emmericher Bürger, die investieren wollen und seit 1 ½ Jahren von der Verwaltung ausgebremst werden, weil sie beispielsweise an der Autobahn (Fläche von der Bundesregierung aus Ausbaufäche priorisiert), eine PV-Anlage bauen wollen und die Verwaltung das Ganze bisher geschoben hat und immer noch weiterschiebt, da die Rechtslage noch nicht geklärt ist. Die Rechtslage ändert sich derzeit auch leider ständig. Unter anderem ist dafür ein Gutachten für vorgesehen, wozu es einen Ratsbeschluss gibt und somit auch umgesetzt werden soll. Es ist ein Unding, diese Gelder in ein Bürgerprojekt zu verschieben. Da ist CDU strikt gegen. Die Bürgerenergie ausbauen ja, aber an einer anderen Stelle und unter anderen Bedingungen. Nicht an dieser Stelle und nicht unter diesen Bedingungen.

Frau Kirchner erläutert, dass man dem Bürger einen Anstoß geben will, dass es entsprechende Flächen gibt. Aus diesem Grund gibt es ausschließlich Kick-Off-Veranstaltungen. Es ist sicherlich vorstellbar, so eine ähnliche Veranstaltung wie in Rees durchzuführen, damit man die interessierten Bürger an einen Tisch bringt. Aussagen hinsichtlich der Rendite können nach derzeitigem Stand nicht gemacht werden, da sich erst aus der Bürgerinitiative Satzungen ergeben, wo solche Dinge geregelt werden. Die Verwaltung möchte gezielt keine genauen Vorgaben machen, um auch so wenig Arbeit wie möglich zu haben. Dennoch möchte man das Projekt unterstützen.

Die aus dem Ratsbeschluss resultierenden Themen könnten umgesetzt werden. Sie hat mit dem Ingenieurbüro Gertec gesprochen, was die Windkraftkonzentrationszonenplanung betrifft. Der Ratsbeschluss besagt, dass sich die Stadt Emmerich keine Windenergiegebiete am Bereich der Autobahn kaputt machen lassen wollen, da diese deutlich seltener sind als Flächen für Freiflächen-PV-

Anlagen. Das Ingenieurbüro Gertec kann derzeit keine Konzepte erstellen, da sich die Rahmenbedingungen täglich ändern. Die Verwaltung verfolgt das Ganze intensiv, aber der Handlungsspielraum ist sehr begrenzt. Dennoch möchte die Verwaltung mit der Vorlage zeigen, dass man das Thema enorm unterstützt, allerdings nur in den Rahmenbedingungen, die derzeit vorliegen. Der Standort Blackweg ist dafür mehr als geeignet.

Mitglied Wittke teilt für die SPD mit, dass auch sie Bauchschmerzen haben, auch im Hinblick auf den Haushalt. Anfang des Jahres hat die Arbeitsgruppe Haushalt festgelegt, dass bei solchen Geschichten erstmal geschaut wird, wie der Haushalt für 2024 aussieht. Derzeit liegen für den Haushalt 2024 noch keine Zahlen vor. Frage ist dann letztendlich, ob das Geld nicht an anderer Stelle durchaus sinnvoller wäre.

Frau Kirchner macht deutlich, dass sich diese Frage für sie in keiner Weise stellt. Was kann wichtiger sein als den Ausbau erneuerbarer Energien voranzutreiben.

Mitglied Bartels möchte wissen, wohin der Strom der erzeugten PV-Anlage geht. Es wird immer suggeriert, dass die Beteiligten an dieser PV-Anlage einen direkten Vorteil daraus hätten. Dem ist aber ja nicht so, da der Strom ins allgemeine Netz geht. Es gibt entsprechende Gelder aus der Einspeisevergütung, woraus sich die Renditen ergeben.

Natürlich ist dies einer der wichtigsten Themen, aber es kann nicht auf kommunaler Ebene geregelt werden. Von der Bundesregierung gibt es verschiedene Vorgehensweisen, die alle sehr undifferenziert sind. Natürlich kann man einen gewissen Teil dazu beitragen, dass dies gelingt, aber der größte Informationsstau kommt vom Land und Bund. Die entsprechenden Weichen müssen dort gestellt werden, damit vor Ort die Dinge schnell und unkompliziert funktionieren. Des Weiteren stimmt er der CDU und SPD in Sachen Haushalt in Gänze zu. Die Haushaltssituation ist prekär. Wenn man über Rendite über dem zweistelligen Bereich spricht ist er davon überzeugt, dass die Mittel in Höhe von 80.000 € auch mitrealisiert können und in das Gesamtprojekt fließen können. Er stellt den Antrag, das Vorhaben weiterhin zu unterstützen und auch in der Verwaltung weiter zu verfolgen, aber nur wenn die gesamte Finanzierung und die Planungskosten sichergestellt sind.

Mitglied Frericks geht auf die Wortäußerung von Frau Kirchner, dass es nichts Wichtiges gibt, ein und teilt mit, dass die Bürgerschaft dies anders sieht. Es gibt Bürger, die auf einen Kita-Platz für ihr Kind stehen und sich sorgen, wie sie es untergebracht bekommen. Andere Bürger beklagen eine prekäre Wohnsituation, andere Bürger haben finanzielle Sorgen. Genau solche Aussagen aus der Politik führen dazu, dass 20 % der Bürger eine alternative Partei wählen. Mit solchen Aussagen sollte man sehr vorsichtig sein. Für ihn persönlich ist das Thema sehr wichtig und er hat bereits sehr viele der diskutierten Themen umgesetzt. Frau Kirchner führt ergänzend an, dass sie sich auf die Berichterstattung in den Medien bezogen hat. Das mag sicherlich an der ein oder anderen Stelle einseitig sein. Die von ihm angesprochene Betroffenheit ist aber auch durch die Kostensteigerung begründet, die auch eine indirekte Folge des nicht erfolgten Ausbaus sind.

Auf die Wortäußerung von Mitglied Bartels erklärt Frau Kirchner, dass der Strom natürlich in das Netz eingespeist werden kann und somit über die Erneuerbare Energievergütung abgerechnet wird. Es gibt aber auch die Möglichkeit, über Power Purchase Agreements; dies sind Verträge mit weiteren Akteuren, die direkt untereinander ausgemacht werden. In Deutschland ist dieses System noch nicht so bekannt. Es ist völlig richtig, dass der Informationsstau vom Land und Bund sehr hoch ist. Daher appelliert sich nochmals an die Ausschussmitglieder, den vorgezeigten Weg zu gehen.

Mitglied Straver fragt nach, unter welcher Produkt-Nummer er die Ausgaben findet. Die Verwaltung sagt zu, dies nachzureichen.

In der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses am 24.01.2023 wurde die Veränderungsliste vorgelegt; unter Produkt 09.01.01 ist der entsprechende Haushaltsansatz in Höhe von 80.000 € für das Haushaltsjahr 2023 eingestellt. Ferner stellt er die Frage, ob die Vorfinanzierung im Nachhinein in Genossenschaftsanteile umgewandelt wird.

Frau Kirchner erklärt, dass es durchaus verschiedene Möglichkeiten gibt. Man sollte diesbezüglich nochmals in den Austausch gehen, wie das Geld genau einzusetzen ist. Die Produkt-Nummer befindet sich in der Veränderungsliste und nicht im Haushalt; sie wird dies nachreichen.

Herr Bartel erläutert, dass der Umgang mit dem Haushaltsansatz auch im Top beraten wird.

Mitglied Wittke fragt nach, inwieweit evtl. die Stadtwerke eine Bürgerbeteiligung plant.

Frau Kirchner berichtet, dass vor Monaten ein Gespräch zum Thema Freiflächen-PV-Anlage auf der Deponie stattgefunden hat. In einem Nebensatz wurde berichtet, dass, wenn man dazu angehalten wird, eine Bürgerbeteiligung durchzuführen, dies auch machen könnte. Diese würde aber eher in Form von Genuss-scheinen stattfinden. Die Bandbreite zwischen gutem und schlechtem Angebot für die Bürgerschaft ist da sehr groß.

Mitglied Frericks kann sich dem Antrag von Mitglied Bartels anschließen mit der Ergänzung, dass die Stadt Emmerich eine Bürgerinitiative zum Bürgerenergieprojekt tatkräftig unterstützen, ohne dass der städtische Haushalt belastet wird. Dennoch benötigt man Bürger, die das vorantreiben und nicht die Stadtverwaltung, die versucht, es dem Bürger überzustülpen. Den Eindruck hat er bekommen. Er fragt nach, wie man auf die interessierten Bürger aufmerksam geworden ist. Er hätte durchaus auch gerne an diesem Termin teilgenommen. Auch der AUK wäre für ein solches Thema prädestiniert.

Frau Kirchner erläutert, dass der Termin in enger Abstimmung mit Energy for Climate stattgefunden hat. Es wurde empfohlen, dass der Teilnehmerkreis klein sein sollte und erstmal grundsätzlich abcheckt, inwiefern das Interesse geweckt ist. Es wurde eine Teilnehmerzahl von 10-15 Personen angeregt. Bei dem Termin waren die Stadtwerke und auch Interessierte (wovon man wusste, dass sie sich stark für dieses Thema interessieren) waren dabei. Man war sicherlich überrascht darüber, dass die große Veranstaltung in Rees deutlich besser gelaufen ist. Mitglied Frericks merkt an, dass man in einer größeren Veranstaltung sicherlich Bürger gefunden hätte, die das Thema weiter voranbringen würden.

Mitglied Bongers stellt fest, dass alle Ausschussmitglieder sicherlich was wollen, aber nicht auf diese Art und Weise. Grundsätzlich möchte man dieses Thema weiterführen. Mit dem Vorschlag von Mitglied Bartels und der Ergänzung von Mitglied Frericks kann der Ausschuss leben. Dennoch gibt es noch viele andere Fragen, die zu klären sind. Sie ist auch der Meinung, dass das Thema aus der Verwaltung herausgelagert werden muss und in die Öffentlichkeit gehört.

Mitglied Swhajor stimmt Mitglied Bongers zu, dass es in die Öffentlichkeit muss. Sie sieht es als erstrebenswert an, dem Bürger die Möglichkeit zu geben, unter so viel Fachwissen eine Initiative zu gründen. Sie sind den Betrag von 80.000 € als öffentliche Mittel an, die den Bürgern zu Gute kommen sollten und in weitere Projekte investieren, wenn sie sich gegen die Gewinnoptimierung entscheiden.

Vorsitzende Siebers macht deutlich, dass dieses Thema natürlich noch in einigen Dingen offen ist. Es wird ein Weg vorgeschlagen. Es würde doch nichts dagegensprechen, eine größere Veranstaltung analog zu Rees zu veranstalten.

Mitglied Bartels macht deutlich, dass es falsch wäre, nichts zu beschließen. Er stellt den Antrag, das Vorhaben dann umzusetzen und weiter zu verfolgen, sofern die komplette Finanzierung inklusive der Planungskosten sichergestellt ist. Mit dem Zusatz von Mitglied Frericks von der CDU. Er teilt den Enthusiasmus von Frau Kirchner.

Nach dieser eingehenden Diskussion lässt Vorsitzende Siebers über den nachfolgenden Antrag von Mitglied Bartels mit der Ergänzung von Mitglied Frericks abstimmen.

Beschlussvorschlag

Der Rat der Stadt Emmerich am Rhein beschließt, das Vorhaben zu unterstützen und zu verfolgen, sofern die Finanzierung und Planung sichergestellt sind. Die Bürgerschaft soll das Projekt tragen. Die Verwaltung nimmt die Rolle des Informierens und Werbens ein.

Abstimmungsergebnis

Stimmen dafür 15 Stimmen dagegen 0 Enthaltungen 0

7. Ausbau der Windenergie; hier: Sachstandsbericht Vorlage: 05 - 17 1085/2023

Herr Bartel erläutert die Vorlage.

Mitglied Frericks stellt den Antrag, nach Vorlage zu beschließen.

Beschlussvorschlag

Der Ausschuss für Stadtentwicklung stimmt der Vorgehensweise der Verwaltung zu.

Abstimmungsergebnis

Stimmen dafür 15 Stimmen dagegen 0 Enthaltungen 0

**8. Anbringung von Ampeltrittbrettern für Fahrradfahrer/innen;
hier: Antrag Nr. II/2023 an den Rat der Stadt Emmerich am Rhein
Vorlage: 05 - 17 1069/2023**

Mitglied Swhajor führt aus, dass die vorgebrachten Argumente an dieser Stelle stimmen. Dennoch wird sie sich bei der Abstimmung enthalten und regt an, dass bei neuen Radwegen auf die Möglichkeit zur Realisierung von Ampeltrittbrettern geachtet wird.

Mitglied Frericks stellt den, Antrag nach Vorlage zu beschließen.

Beschlussvorschlag

Der Ausschuss für Umwelt- und Klimaschutz nimmt die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis und stimmt der vorgeschlagenen Vorgehensweise zu.

Abstimmungsergebnis

Stimmen dafür 13 Stimmen dagegen 0 Enthaltungen 2

**9. Kommunale Wärmeplanung;
hier: Antrag Nr. II/2023 an den Rat der Stadt Emmerich am Rhein
Vorlage: 16 - 17 1068/2023**

Mitglied Frericks fragt nach Informationen über den stattgefundenen Termin am 13.07.2023.

Frau Kirchner führt aus, dass sie selbst nicht am Termin dabei war. Der Erste Beigeordnete Dr. Wachs, Herr Bartel und Frau Pommerin und die Vertreter von Energy for Climate waren zugegen. Im Grunde wurde bestätigt, dass das, was die Stadt Emmerich insgesamt an Erfahrungen auch mit anderen Kommunen ausgetauscht haben, auf Fördermittelebene derzeit recht schwierig ist, sich aber dennoch eine Antragstellung grundsätzlich lohnt. Das Thema „Kommunale Wärmeplanung“ ist insgesamt für die Stadtgebiete der Kommunen sehr wichtig und muss vorangeführt werden. Die Kick-Off-Veranstaltung war durchweg positiv und bestärkt die Verwaltung in ihrer Vorgehensweise.

Herr Bartel teilt mit, dass der Termin am 13.07.2023 unter den erwähnten Beteiligten stattgefunden hat, um Infos darüber zu erhalten, was auf die Kommune in Bezug auf die kommunale Wärmeplanung zukommt. Gezielte Aussagen können

auch hier nicht gemacht werden, da ein Gesetz kommen soll, wo man allerdings derzeit noch nicht weiß, was das aussagen wird. Fakt ist, dass auf die Kommune etwas zukommen wird, aber man weiß noch nicht genau was.

Auf Nachfrage von Mitglied Swhajor teilt Frau Kirchner mit, dass sich die Stadt für ein anders Programm (70 % Förderung) als die Stadt Rees entschieden hat. Viel stärker in der Diskussion ist die 90%ige Förderung, die in ihren Augen die sinnvollere Variante ist.

Vorsitzende Siebers lässt über den Beschlussvorschlag der Verwaltung abstimmen.

Beschlussvorschlag

Der Rat der Stadt Emmerich am Rhein beschließt, die Fördermittel der kommunalen Wärmeplanung mit dem Fördersatz von 90 % zu beantragen. Gleichwohl soll die Abrufung der Mittel den aktuellen Gegebenheiten (u.a. Gesamtprojektkosten, aktuelle Situation der Datenqualität, ...) angepasst werden. Entsprechende Mitteilungen zur weiteren Vorgehensweise sollen hierzu im Ausschuss für Umwelt und Klimaschutz getätigt werden.

Abstimmungsergebnis

Stimmen dafür 15 Stimmen dagegen 0 Enthaltungen 0

10. Förderung von Steckersolaranlagen; hier: Antrag Nr. IV/2023 an den Ausschuss für Umwelt und Klimaschutz Vorlage: 16 - 17 1066/2023

Mitglied Bartels teilt für seine Fraktion mit, dass die Steckeranlagen nicht unumstritten sind. Energieanbieter, mit denen er persönlich gesprochen hat, sehen diese grundsätzlich kritisch an. Es gibt ein Gesetz, welches erlaubt, diese anzuschließen, wenn man bestimmte Vorgaben einhält. Der Haushaltsansatz von 45.000 € sehen sie als falsch investiert an. Viel wichtiger wäre es, größere PV-Anlagen zu unterstützen und entsprechende Mittel dafür bereitzustellen. Der Zuschussbetrag von 300 € wird auch Diejenigen nicht davon abhalten, wenn dieser nicht ausgezahlt wird. Seine Fraktion würde dem vorliegenden Beschlussvorschlag nicht zustimmen, es sei denn, der HH-Ansatz von 45.000 € wird gestrichen.

Mitglied Frericks schließt sich der Wortäußerung an. Die derzeitigen 600 Watt sind technisch kein Problem, die avisierten 800 Watt sind allerdings problematisch. Seine Fraktion ist der Meinung, dass die Verwaltung die Balkonkraftwerke in die Bürgerschaft tragen und Werbung machen. Es gibt auch Kommunen, die diese Mittel nicht im Gießkannenprinzip ausschütten. Die Gemeinde Hallenstein in der Pfalz haben eine Infoveranstaltung gehabt und haben dann über die Stadtverwaltung eine Sammelbestellung getätigt, damit die Bürger 100-150 € günstiger erwerben konnten. In dieser Gemeinde mit 4000 Einwohnern wurden 80 Anlagen

realisiert. Mit der Emmericher Baugenossenschaft hat er Gespräche diesbezüglich geführt. Diese stehen den Balkonkraftwerken positiv gegenüber; allerdings ist der Aufwand enorm. Für jede einzelne Anlage muss ein Zertifikat nachgewiesen werden, damit auch im Versicherungsfall die Haftung der Mieter übernimmt. Sie würden begrüßen, wenn man standardisierte Anlagen hätte, da dann die Zertifizierung nur 1x zu erfolgen hätte. Dafür spricht dann auch eine mögliche Sammelbestellung. Er plädiert dafür, dies so entsprechend auf den Weg zu bringen.

Frau Kirchner erklärt, dass ein und das gleiche System nicht umsetzbar ist. Die Balkone weichen zu sehr voneinander ab. Sie macht deutlich, dass sie sich umfassend mit der Thematik der Balkonkraftwerke beschäftigt und kann zu 100 % bestätigen, dass die 600 Watt-Anlagen sicher sind. Dies wird auch von der Verbraucherzentrale bestätigt. In fast allen umliegenden Kommunen findet eine entsprechende Förderung statt. Auch der Hinweis, dass besser große Anlagen installieren werden sollten, kann sie nicht folgen. In einem Vortrag bei der Hochschule Rhein-Waal machte ein Professor deutlich, dass durch eine mögliche Förderung auch durchaus ein Anreiz geschaffen wird, auf der Fläche eine noch größere PV-Anlage zu installieren. Die Starthilfe von 300 € ist sehr gut investiertes Geld für die Bürger. In Kleve berichtet man, dass dies die beste Lösung war und daraus auch wieder andere Sachen in Richtung Klimaschutz resultierten.

Mitglied Wittke schließt sich den Vorrednern an. Auch die SPD hat hinsichtlich der Haushaltslage Probleme, diesem zuzustimmen. Erschwerend kommt ihrer Meinung noch hinzu, dass nur die Personen davon profitieren, die es sowieso tun würden; es wird das falsche Klientel angesprochen.

Mitglied Bartels weist auf einen Pressebericht hin, worin es heißt, dass alle Anlagen, die keine CE-Prüfzeichen haben, gefährlich sind. Diese sind auf dem Markt freiverkäuflich. Es steht jeder Person frei, eine solche Anlage zu installieren oder nicht. Er ist lediglich nicht dafür, dass hierfür eine Förderung gezahlt wird. Er schlägt daher vor, dass der Beschlussvorschlag dahingehend gefasst wird, dass die Verwaltung die Thematik unterstützt und entsprechend die Bürger informiert; allerdings ohne Fördergelder.

Mitglied Frericks geht auf das in der Vorlage genannte Gutachten ein. Das Gutachten besagt auch, dass die Anlagen bis 600 Watt bei neuen Installationen ungefährlich sind. Allerdings wird im Gutachten dringlich empfohlen, die Sicherung von 16 Ampere auf 13 Ampere zu reduzieren. Ferner sagt das Gutachten auch aus, dass 800 Watt außerhalb jeglicher Norm liegt. Die Regierung darf zwar solche Anlagen erlauben, aber der VDE als Normgeber unterstützt dies nicht. Der Einbau darf rechtlich erfolgen, aber sollte ein Brand entstehen, zahlt die Versicherung nicht, da man sich nicht an die VDE-Norm gehalten hat. Er zieht aus der Diskussion das Fazit, dass die Politik keine finanziellen Mittel investieren möchte. Er regt an, die Bürger entsprechend zu informieren und mitzunehmen und über eine mögliche Sammelbestellung nachzudenken.

Mitglied Straver schließt sich den Vorrednern an und stellt noch die Frage, ob die Denkmalbereichssatzung dies zulässt.

Mitglied Bongers formuliert folgenden Beschlussvorschlag:
Der Ausschuss für Umwelt und Klimaschutz wird dem Antrag der Verwaltung

nicht folgen. Stattdessen wird die Verwaltung beauftragt, die Bürgerschaft breit zu informieren und zu versuchen, über diese Informationsveranstaltung eine Sammelbestellung zu versuchen. Eine Förderung aus Haushaltsmitteln soll nicht stattfinden.

Bürgermeister Hinze macht den folgenden Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Emmrich am Rhein beschließt, für diese Maßnahme derzeit keine Haushaltsmittel zur Verfügung zu stellen. Die Verwaltung wird mit der Prüfung beauftragt, ob alternative Informationsmöglichkeiten für die Bürger gefunden werden unter der Voraussetzung, dass die entsprechenden personellen Ressourcen vorhanden sind.

Mitglied Gerritschen spricht sich für eine Kick-Off-Veranstaltung wie in Rees aus, mit dem Ziel einer möglichen Sammelbestellung, um zertifizierte Produkte günstiger zu erwerben.

Mitglied Straver schlägt vor, auch die Stadtwerke in die Überlegungen miteinzu beziehen.

Bürgermeister Hinze trägt nochmals seinen Beschlussvorschlag vor.

Mitglied Baars stellt den Antrag, gemäß dem vom Bürgermeister Hinze gemachten Beschlussvorschlag zu beschließen.

Vorsitzende Siebers lässt somit über diesen abstimmen.

Beschlussvorschlag

Der Rat der Stadt Emmrich am Rhein beschließt, für diese Maßnahme derzeit keine Haushaltsmittel zur Verfügung zu stellen. Die Verwaltung wird mit der Prüfung beauftragt, ob alternative Informationsmöglichkeiten für die Bürger gefunden werden unter der Voraussetzung, dass die entsprechenden personellen Ressourcen vorhanden sind.

Abstimmungsergebnis

Stimmen dafür 13 Stimmen dagegen 2 Enthaltungen 0

11. Mitteilungen und Anfragen

11.1. Berichterstattung Platzgestaltung Neumarkt; hier: Mitteilung von Herrn Bartel

Herr Bartel geht auf die Berichterstattung in der Presse zur Neugestaltung des Neumarktes ein. In dieser war zu lesen, dass dieser ein Angstraum sei, der zu viel und zu dunkel gepflastert sei. Aus Sicht der Ingenieure ist ganz deutlich zu sagen, dass ein Raum in der Innenstadt nur einmal mit einer Nutzung belegt werden kann. Man hat sich gezielt dafür ausgesprochen, diesen innerstädtischen Raum zu pflastern, damit dort auch durchaus Veranstaltungen stattfinden können. In 2 Tagen wird da erstmal der Feierabendmarkt stattfinden und zukünftig wird der Wochenmarkt dort wieder stattfinden. Hätte man hier mehr Wiese oder

dergleichen angelegt, wäre diese Nutzung nicht möglich. Jeder Platz hat seinen Zweck und die Gestaltung wurde politisch beschlossen. Im Jahr 2016 hat sich der Ausschuss für Stadtentwicklung im Sauerland die verschiedensten Steine angeschaut und daraus resultierte der einstimmige Beschluss zu den nunmehr verlegten Steinen.

**11.2. Tagesordnung AUK;
hier: Anfrage von Mitglied Frericks**

Mitglied Frericks bittet bei zukünftigen Ausschusssitzungen darum, nicht mehr so viele Vorträge in eine Sitzung zu nehmen.

Vorsitzende Siebers erklärt, dass die letzte Sitzung im Februar stattgefunden hat und somit doch einige Themen etwas aufgelaufen sind und auf der heutigen Tagesordnung stehen. Für die Zukunft soll dies nicht mehr passieren.

12. Einwohnerfragestunde

Frau Oezden (Initiative Essbarer Waldgarten) bedankt sich bei Frau Kirchner für ihr Engagement und gute Zusammenarbeit. Derzeit bestehen sie aus 9 Mitstreitern und freuen sich, zukünftig einen entsprechenden Platz in Emmerich zu bekommen, wo dieser essbare Waldgarten realisiert werden könnte.

Die Vorsitzende Siebers schließt die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Umwelt und Klimaschutz um 19.53 Uhr.

46446 Emmerich am Rhein, den 29. August 2023

Sabine Siebers
Vorsitzende

Nicole Jansen
Schriftführerin